



Beschlüsse des Stadtparlaments von heute Donnerstag, 5. Februar 2009

## Stelle einer Stadtplanerin oder eines Stadtplaners bewilligt

Heute hat das Wiler Stadtparlament die Stelle einer Stadtplanerin oder eines Stadtplaners für Wil bewilligt. Gutgeheissen wurden zudem ein Nachtrag zum Personalreglement bezüglich Leistungsprämien sowie die Ausweitung der Subventionierung familienergänzender Kinderbetreuung im Vorschulalter. Eine Motion über ein kostenloses WLAN-Angebot wurde hingegen nicht erheblich erklärt.

36 von 40 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend.

### 1. Nachtrag II zum Personalreglement der Stadt Wil / Leistungsprämien

Der Nachtrag II zum Personalreglement der Stadt Wil bezieht sich auf neu einzuführende Leistungsprämien. Damit eine solche Prämie ausgerichtet wird, müssen Leistung und/oder Verhalten des Mitarbeitenden in quantitativer und/oder qualitativer Hinsicht beispielhaft sein oder in hohem Masse über den Berufsauftrag hinausgehen. Das Ausmass entscheidet darüber, ob eine Prämie für besondere Leistungen (bis max. Fr. 800.--) oder eine Prämie für herausragende Leistungen (bis max. Fr. 5'000.--) ausgerichtet wird. Nebst Einzelpersonen können auch Teams oder Projektgruppen mit einer Prämie belohnt werden.

Der Stadtrat erachtet analog zum Kanton St. Gallen ein jährliches Prämienvolumen von 0,4 Prozent (rund 98'000 Franken) als angemessen. Wichtig sei Kontinuität: Das Prämienvolumen sei in Prozenten der Lohnsumme zu definieren und im Personalreglement zu fixieren, statt jährlich mit dem Budget zur Disposition zu stellen.

In der Eintretensdebatte begrüsst Luc Kauf für die Fraktion GRÜNE prowil die Anstrengungen des Stadtrates, die Arbeitsmotivation der städtischen Mitarbeiter zu steigern, weil sich dadurch auch ein Nutzen für die Kunden ergebe. Das vorgestellte Modell überzeuge hinsichtlich Umsetzung aber nicht vollständig – die Wirkung sei nicht ausgewiesen, die Kategorien der Prämien seien zu wenig klar abgegrenzt, zudem sei eine einheitliche Anwendung zwischen den Departementen nicht sichergestellt. Er stelle daher Antrag auf Rückweisung. Marc Zahner äusserte namens der SP ebenfalls Kritik: Die hier vorgesehene Art der Leistungsprämien sei als Mittel zur Motivation wirkungslos oder allenfalls gar kontraproduktiv – eine Rückweisung an den Stadtrat könne ein besseres Reglement auf den Tisch bringen. Grundsätzlich sei ein Leistungsprämienystem sinnvoll, so Klaus Rüdiger für die SVP. Allerdings sehe man Schwierigkeiten in der Messbarkeit von Leistungen, so dass die Umsetzung schwierig sein könne. Er votierte für Nichteintreten. Für ein Eintreten sprach sich hingegen Erwin Schweizer im Namen der CVP-Fraktion aus: Das praktisch gleiche Reglement komme im Kanton St. Gallen erfolgreich zur Anwendung.

Weder der Rückweisungsantrag der GRÜNEN prowil noch der Antrag auf Nichteintreten der SVP fanden eine Mehrheit. In der Detailberatung wurden kritische Fragen zur kontrollierten Anwendung des Instruments Leistungsprämien oder zur öffentlichen Kommunikation von Prämienempfängern aufgeworfen. Schliesslich stimmte das Parlament dem Nachtrag in der Schlussabstimmung aber dennoch grossmehrheitlich zu und schuf so die Rechtsgrundlage für Leistungsprämien. Der Nachtrag kommt rückwirkend auf den 1. Januar 2009 zur Anwendung.

### 2. Familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter

Eine gut ausgebaute familienergänzende Kinderbetreuung ist ein positiver Standortfaktor für eine Stadt wie Wil. Mit den auf 2007 flächendeckend eingeführten Tagesstrukturen an den Primarschulen der Stadt Wil besteht ein entsprechendes Angebot für Kinder im Primarschulalter. Für Kinder im Vorschulalter bietet die interne Kinder-



Seite 2

krippe «Chäferhus» der St. Gallischen Psychiatrischen Dienste Nord Plätze für 24 Kinder von Mitarbeitenden an. Allgemeine Kindertagesstätten gibt es nur zwei, beide von privaten Vereinen getragen: Die Kindertagesstätte KiTs Wil bietet 30, die Kindertagesstätte KiTa Wil 18 Plätze. Daneben sucht der Verein Tagesfamilien jeweils individuell Plätze. Finanzielle Unterstützung durch die Stadt erhalten derzeit nur der Verein Tagesfamilien (Fr. 20'000 pro Jahr) sowie im Rahmen einer Leistungsvereinbarung die KiTa Wil (Fr. 135'000 pro Jahr).

In einer Elternumfrage zeigte sich 2007 Bedarf für Plätze im Vorkindergarten- und Kindergartenalter, primär im Norden Wils. Der Stadtrat will dafür private Initiative unterstützen statt städtische Kindertagesstätten zu eröffnen. Ziel ist eine zusätzliche Leistungsvereinbarung mit der KiTs Wil zur Sicherung und Subventionierung von vorerst zehn bestehenden Plätzen. Die KiTa Wil soll zudem für die Eröffnung einer «Filiale» im Nordosten mit weiteren zehn Plätzen bestärkt werden. Nebst 18 bestehenden Plätzen in der KiTa Wil stünden so zehn subventionierte KiTs-Plätze und zehn neue Plätze im Nordosten zur Verfügung. 2010 oder 2011 sollen eine Ausdehnung der KiTs-Leistungsvereinbarung sowie eine zusätzliche Vereinbarung mit der Kinderkrippe «Chäferhus» für zehn bis zwölf Plätze geprüft werden.

In der Eintretensdebatte sprach sich Klaus Rüdiger namens der SVP für Rückweisung des Geschäfts aus: Plätze in Kindertagesstätten seien ausschliesslich für schlecht oder gar nicht betreute Kinder zu schaffen. Norbert Hodel (FDP) befürwortete grundsätzlich familienergänzende Kinderbetreuung, wollte aber zuerst noch Fragen geklärt haben, und unterstützte daher den SVP-Rückweisungsantrag. Susanne Hartmann (CVP) votierte ebenso wie Marianne Mettler (SP) und Eva Noger (GRÜNE prowil) für Eintreten: Das Bedürfnis nach Betreuungsplätzen für Vorschulkinder sei ausgewiesen. Eine Mehrheit des Parlaments sprach sich schliesslich gegen den Rückweisungsantrag aus. Eine Detailberatung wurde anschliessend nicht geführt.

Das Parlament nahm den Bericht des Stadtrates grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis. Der Stadtrat beantragte, den gesamten Subventionsbeitrag für das Jahr 2009 von 155'000 Franken auf maximal 360'760 Franken zu erhöhen – für den Verein Tagesfamilien 40'000 Franken, für die KiTa Wil 174'960 Franken, dazu erstmals 97'200 Franken für die KiTs Wil und 48'600 Franken für die ersten sechs Betriebsmonate eines neuen Angebots in Wils Nordosten. Dem Antrag stimmte eine Mehrheit zu. Grossmehrheitlich wurde der Antrag gutgeheissen, ab 2010 jährlich Gesamtausgaben von maximal 409'360 Franken für familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter vorzusehen. Einstimmig sprach sich das Parlament zudem dafür aus, das Postulat Livia Bergamin Strotz, SP, von 1999 betreffend Kinderbetreuungskonzept für die Stadt Wil abzuschreiben. Ein Antrag der vorbereitenden Kommission, bis spätestens Sommer 2012 sei ein Bericht über Entwicklung und Benutzung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter vorzulegen, wurde mit einstimmig angenommen.

### 3. Stadtentwicklung Wil – Konzept

Die Grundlagen der Richtplanung der Stadt Wil datieren von 1980 und genügen nicht mehr in allen Belangen. Das Projekt Stadtentwicklung setzt hier an und initiiert in baulicher, landschaftlicher und verkehrstechnischer Hinsicht eine nachhaltige Weiterentwicklung. Im Juni 2006 bewilligte das Parlament für das Projekt 585'000 Franken. Start für die breit abgestützten, partizipativen Phasen Analyse, Konzeption und Richtplanung war am 14. Juni 2006. Die Analyse bildete den «status quo» ab. Dafür wurden in vier Schwerpunktbereichen je sechs Handlungsfelder formuliert:



Siedlung	Verkehr	Landschaft	Umwelt/Energie
S1 Überkommunale Entwicklung und Siedlungsränder	V1 Neue Planungskultur durch Koexistenzansatz	L1 Natur in der Stadt	U1 Lärm
S2 Prognostiziertes Bevölkerungswachstum und Landreserven	V2 Abbau Störungen und Optimierung öffentlicher Verkehr	L2 Freiräume und Grünflächen	U2 Luft
S3 Entwicklungsreserven Dienstleistungsbereich und Industrie	V3 Betrieb und Gestaltung Strassennetz	L3 Grünkorridor und Zugänglichkeit von Naherholungsräumen	U3 Wassergewinnung und Wasserverbrauch
S4 Soziale und bauliche Quartierentwicklung / stadträumliche Beziehungen	V4 Attraktivität Langsamverkehr	L4 Gestaltung öffentlicher Freiräume	E1 Energiestadt
S5 Siedlungsstrukturen und Immobilienbestand der 40 – 70er Jahre	V5 Parkierung	L5 Spielplätze und kinderfreundliche Umgebungsgestaltung	E2 Energieverbrauch und -beratung
S6 Städtebauliche und architektonische Qualitätssicherung	V6 Infrastruktur-Ausbau	L6 Qualitätssicherung und Freiraumberatung	E3 Erneuerbare Energien und dezentrale Produktion

Unter den Stichworten «polyzentrale Regionalstadt» und «qualitative Innenentwicklung» wurde die Basis für einen Zielkatalog festgehalten: Wil ist als Regionalstadt das Zentrum der Ostschweiz zwischen St. Gallen, Winterthur, Frauenfeld und Toggenburg. Über Gemeindegrenzen hinweg gesehen verstehen sich Wil und die Nachbargemeinden als Lebens- und Wirtschaftsraum und als Region Wil, deren Entwicklung sie gemeinsam fördern. Zur Innenentwicklung wurde als Ziel ein qualitatives Wachstum von heute 17'500 auf 21'000 Einwohner im Jahr 2030 definiert, zu erreichen durch Nutzung innerer Baureserven, bauliche Verdichtungen und ausgewählte Ein- und Umzonungen. Für die Wirtschaftsentwicklung wird bis 2030 ein Wachstum auf 11'500 Beschäftigte (heute 10'500) avisiert.

Danach wurden Schlüsselprojekte und zentrale Bausteine definiert. Das Konzept wurde Ende 2007 in Foren ausgiebig diskutiert, der Stadtrat genehmigte es im August 2008. Obwohl es im Gegensatz zum Richtplan keiner formellen Genehmigung der Legislative bedarf, wurde es heute dem Parlament zur zustimmenden Kenntnisnahme unterbreitet. Eine Eintretensdebatte wurde nicht verlangt. In der Detailberatung wies Norbert Hodel darauf hin, dass die FDP das Konzept nicht in ganz allen Punkten zustimmend zur Kenntnis nehmen. Katja Hegelbach zeigte namens der SP darauf hin, dass das Konzept ein Kompromiss verschiedenster Interessengruppen sei. Auch wenn man so nicht hinter jedem einzelnen Punkt stehen könne, empfehle die SP doch, das Konzept zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Esther Spinas hielt fest, dass die allgemeine Stossrichtung für die GRÜNEN prowil stimme. Nun gelte es, das Konzept als solches anzunehmen statt sich in der Diskussion zu Einzelprojekten zu verlieren. Für die CVP betonte Erwin Schweizer, dass auch seine Fraktion nicht mit jedem einzelnen Punkt einverstanden sei, man aber die grosse und umfassende Arbeit hinter diesem Konzept würdige und es darum zustimmend zur Kenntnis nehmen. Daniel Zäch wies darauf hin, dass die SVP das Konzept, das ein Kompromiss verschiedenster Interessengruppen sei, zur Kenntnis nehmen – schliesslich könne man dann ja bei der Umsetzung einzelner Projekte detailliert und inhaltlich diskutieren.

Die Elemente des Stadtentwicklungskonzepts (Entwicklung von Schlüsselarealen, Quartieraufwertung, kooperative Verfahren mit Grundeigentümern und Investoren, Aufwertung von Strassenräumen, öffentlichen Plätzen oder Anlagen, Nutzungs- und Sondernutzungsplanung etc.) bringen eine Fülle qualitativ hochstehender neuer Aufgaben. Erfahrung mit dem Projekt Stadtentwicklung zeigten, dass aktuelle interne Ressourcen dafür nicht



ausreichen werden. Eine externe Lösung kann die nötige Qualität, Nähe und Konstanz nicht erbringen. Der Stadtrat beantragt daher eine Vollzeitstelle «StadtplanerIn», was vom Parlament indes im Dezember 2007 abgelehnt wurde. Dabei wurde aber betont, dass die Stelle «nach einer gewissen Einarbeitungszeit des neuen Departementssekretärs und des Projektleiters Tiefbau» neu beurteilt werden solle. Das Projekt Stadtentwicklung tritt nun in die wegweisende Phase der Richtplanerarbeit, wofür die Stelle als Stabstelle so rasch als möglich zu besetzen sei, so der Stadtrat.

Norbert Hodel (FDP) sprach sich für die Stadtplaner-Stelle aus und verwies auf die auch im Konzept angedeutete zunehmende Bedeutung von Standortfaktoren und -marketing im sich verschärfenden Wettbewerb von Gemeinden und Regionen. Ein Stadtplaner könne hier auch im Bereich der städtischen Standortförderung wirken. Er stellte daher einen Antrag, die neu zu schaffende Stelle solle als „Stadtplaner/Standortförderer“ bezeichnet und besetzt werden. Dieser Antrag wurde im Verlauf der Diskussion indes wieder zurückgezogen. Die SVP sei grossmehrheitlich für die Stelle des Stadtplaners, führte Daniel Zäch aus. Man erwarte, dass der Stelleninhaber – notabene mit Wohnsitz Wil – für die Stadt rasch positiv wirksam werde. So könne man im Sinne der künftigen Entwicklung Wils agieren statt reagieren. Die SP, so Katja Hegelbach, sei überzeugt, dass das Stadtentwicklungskonzept ohne Stadtplaner zu einem Papiertiger werde. Für die CVP wies Erwin Schweizer darauf hin, dass die Stadtplanerstelle wichtig sei: Das Konzept anzunehmen und gleichzeitig die Stellenschaffung abzulehnen, sei nicht sinnvoll. Die Bedeutung des Stadtplaners unterstrich auch Esther Spinas namens der GRÜNEN prowil.

In der Schlussabstimmung nahm das Parlament mehrheitlich zustimmend Kenntnis vom Stadtentwicklungskonzept. Auch die Stelle einer Stadtplanerin oder eines Stadtplaners fand eine deutliche Mehrheit. Dem Zusatzantrag der vorberatenden Kommission, im Departement Bau, Umwelt und Verkehr spätestens ab 1. Januar 2010 eine projektbezogene Arbeitszeiterfassung einzuführen, wurde ebenfalls grossmehrheitlich zugestimmt.

#### **4. Motion Dario Sulzer, SP – Gratis WLAN in der Stadt Wil**

Im November 2008 reichte Dario Sulzer mit 13 Mitunterzeichnenden die Motion «Gratis WLAN in der Stadt Wil» ein und forderte den Stadtrat auf, innert zwei Jahren in der ganzen Stadt kostenlos Internetzugang via WLAN (Wireless Local Area Network), also via Funkverbindung, zu ermöglichen.

Der Stadtrat beantragte, die Motion nicht erheblich zu erklären, und verwies dazu auf Aspekte der Haftung und Sicherheit: Die Identifikation einzelner Benutzer im Netz erfolgt durch IP-Adressen. Bietet die Stadt ein öffentliches WLAN an, so verfügt nur die Stadt, nicht aber der jeweilige User über eine IP-Adresse. Es entsteht ein rechtsfreier Raum: Die einzelnen Benutzer bleiben anonymen und können sich Zugang verschaffen zu gesperrten Seiten, illegale Daten herunterladen und das Netzwerk für strafbare Handlungen nutzen.

Auch technische und finanzielle Aspekte sprechen dagegen, so der Stadtrat: Für eine komplette Abdeckung müssten zahlreiche Sender installiert werden, da die Reichweite eines Senders auf gut 100 Meter beschränkt ist. Grobe Schätzungen ergeben einen Bedarf von 500 Sendern mit Investitionskosten von 1,5 Mio. Franken und jährlichen Betriebskosten von 250'000 Franken. Der Betrieb eines WLAN-Angebotes würde zudem das im Besitz der Stadt befindliche, technisch hochstehende TBW-Kommunikationsnetz konkurrenzieren respektive das bestehende Kabelnetz ad absurdum führen – es würde eine wesentliche Einnahmequelle versiegen.

Zu guter Letzt werden die gesundheitlichen Auswirkungen der Strahlen von WLAN-Geräten von Experten kontrovers beurteilt. Das Bundesamt für Gesundheit hielt 2007 in einer Studie zum Risikopotenzial drahtloser Netzwerken fest, dass die Strahlenbelastung durch die heutigen Netzwerke relativ klein sei und weit unterhalb geltender Grenzwerte liege. Dennoch sei ein vorsorgliches Vorgehen angezeigt.

Der Stadtrat zeigte sich in seiner Motionsantwort bereit, im Rahmen des TBW-Internetangebots gezielt einzelne Hotspots (lokale WLAN-Stationen) an vielfrequenzierten Orten einzurichten. Die Motion geht indes viel weiter und wird darum vom Stadtrat abgelehnt. In der Begründung der Motion wies Silvia Ammann (SP) als Vertreterin des Motionärs darauf hin, dass das WLAN-Angebot nicht anonym und zudem langsamer als das kostenpflichtige TBW-Kabelnetz auszugestalten sei. Das Angebot des Stadtrat, einzelne Hotspots an vielfrequenzierten Orten zu



Seite 5

prüfen, nehme man an und ändere den Wortlaut der Motion entsprechend ab. Diese Abänderung wurde aber von einer Parlamentsmehrheit als unzulässig befunden. Guido Wick (GRÜNE prowil) unterstrich die Relevanz der Gesundheitsaspekte und sprach sich dafür aus, die Motion nicht erheblich zu erklären. Nach der Diskussion folgte eine Mehrheit des Stadtparlaments dem stadträtlichen Antrag und erklärte die Motion nicht erheblich.

### **Parlamentarische Vorstösse**

Eingereicht wurden folgende parlamentarische Vorstösse:

- Dringliche Interpellation Markus Hilber, FDP: „A1-Anschluss Wil-West – Agglomerationsprogramm Wil“
- Interpellation Esther Spinas, GRÜNE prowil: „Konzept Langsamverkehr und Schulwegsicherheit“

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr